

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.03.2012

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:25 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	17:20 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:45 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 17:10 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:10 Uhr bis 20:50 Uhr

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Unterlagen wurden als Tischvorlagen ausgegeben:

Sitzung am 20.03.2012

- TOP 3 - Information Sachverhalt Betrieb Parkeisenbahn 2012 – Anlage zur Niederschrift vom 21.02.2012
- TOP 6.1 – Ergänzungen zum Personalbericht Seite 9 a und 21 a
- TOP 7.3 – Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag

Sitzung am 27.03.2012

- TOP 3.1.9.1 - Änderungsantrag von CDU- und SPD-Stadträten des Kulturausschusses zur BV V/2011/10306, Unterabschnitt 4.422 Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10553
- TOP 3.1.9.2 - Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner und Dr. Ulrike Wünscher (alle CDU) zur BV V/2012/10425 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / HHK in der Stadtbibliothek - Teil 11
Vorlage: V/2012/10554
- 3.1.13 - Untersetzung der Mittelreduzierung 15
Vorlage: V/2012/10558

Sitzung am 10.04.2012

- Beantwortung der Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fragen der Kosten für die Betreibung der Schwimmhallen und Bäder

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Wolter bat im Namen der Fraktion um Zurückstellung des TOP 7.4

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Finanzierungsvertrag Singschule mit dem Träger Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" Halle-Saalekreis e.V.
Vorlage: V/2012/10167

bis zur Sitzung am 17.04.2012.

Der Tagesordnungspunkt 6 wurde unter dem Oberbegriff Haushalt 2012 gesplittet in den ursprünglich geplanten TOP Personalbericht / Stellenplan und in den aus der Sitzung am 13.03.2012 vertagten TOP 6.2

Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109 (E-Government)
Vorlage: V/2012/10469.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
Nein-Stimmen
Enthaltungen

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2012/10411

- 5.2. Jahresabschluss 2010 der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2012/10478
- 5.3. Stadtbahnprogramm Halle '25 Stufenbeschluss zur Stufe 1
Vorlage: V/2012/10404
6. Haushalt 2012
- 6.1. Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10489
- 6.2. Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109 (E-Government)
Vorlage: V/2012/10469
- 6.2.1. Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur
Beschlussvorlage "Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109" (Vorlage-Nr.-
V/2012/10469)
Vorlage: V/2012/10566
- 6.2.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Untersetzung der
Mittelreduzierung Produkt 1.11109"
Vorlage: V/2012/10568
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in
der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2011/10217
- 7.2. Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit
Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung
der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2012/10468
- 7.3. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für
Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf
für investive Maßnahmen an Schulen
Vorlage: V/2012/10476
- 7.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum
Finanzierungsvertrag Singschule mit dem Träger Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft"
Halle-Saalekreis e.V.
Vorlage: V/2011/10167
- 7.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum
aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/10078
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen

10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 21. Februar 2012 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. Februar 2012 wurden folgende abschließende nicht öffentliche Beschlüsse gefasst:

- zu 3.1 Abschluss eines Vergleiches im Rechtsstreit Stadt Halle (Saale) ./.
Garageninteressengemeinschaften
Vorlage: V/2011/10332

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, dem Amtsgericht Halle (Saale) im Rechtsstreit Stadt Halle (Saale) ./.
Garageninteressengemeinschaft Buna/Halle-Neustadt GIG II u. a. den dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügten Vergleichsvorschlag zur Annahme durch die Gegenseite zu unterbreiten.

- zu 3.2 Belastung eines Erbbaurechtes mit Grundschulden
Vorlage: V/2012/10388

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Stadtverwaltung gemäß Beschlussvorlage zu ermächtigen, der Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück Paul-Singer-Str.61 b (Gemarkung Reideburg, Flur 2, Flurstück 6283) durch die Bestellung von Grundschulden in Höhe von 298.000,00 € zzgl. 15 % Zinsen jährlich zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zuzustimmen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin Vorlage: V/2012/10411

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der CONNEX.M&P AUDIT Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 29. April 2011 sowie am 07. November 2011 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	40.352,27 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	2.234.322,86 EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin, Frau Renate Scherbel, wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

**zu 5.2 Jahresabschluss 2010 der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2012/10478**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Stadt Halle (Saale) der Stadion Halle Betriebs GmbH wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010, der einen Jahresfehlbetrag von 141,80 Euro ausweist, wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 141,80 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Egbert Geier, wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Die Mitglieder des Beirates werden für das Geschäftsjahr 2010 entlastet.

zu 5.3 Stadtbahnprogramm Halle ´25 Stufenbeschluss zur Stufe 1 Vorlage: V/2012/10404

An der Diskussion beteiligten sich Frau Krausbeck, Herr Wolter, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Meerheim, Herr Stäglin und Herr Otto (Stadtplanungsamt, Teamleiter Verkehrsplanung).

Herr Otto führte auf Anfrage aus, dass der Antrag beim Fördermittelgeber lt. Rahmenbeschluss gestellt wurde. Jetzt seien die genaueren Planungen notwendig. Auch wenn die Straßenbahnstrecke am Landrain bereits einen getrennten Gleiskörper hat, so ist ein barrierefreier Zugang in die Straßenbahn nicht möglich und die Haltestellen seien nicht breit genug. Die genaueren Planungen fließen in die Vorplanungen mit Gestaltungsbeschluss ein. Dieser werde gesondert vorgelegt. Der gesamte Umbau des Joliot-Curie-Platzes sei nicht möglich, da nur der Umbau der Straßenbahn über dieses Programm förderfähig sei.

(16:45 Uhr – Frau Hintz kam in die Sitzung.)

Herr Stäglin informierte zum Stand der Fördermittelbewilligung, dass die geplanten Baumaßnahmen zurzeit in der Kategorie C eingeplant seien. Das bedeutet, dass sie als förderfähig anerkannt, angemeldet und aufgenommen sind. Die Untersetzung müsse von der Stadt noch nachgereicht werden. Der Gestaltungsbeschluss zur Großen Ulrichstraße sei schon bewilligt, aber der Übergang in das Stadtbahnprogramm müsse für den Bund noch transparenter dargestellt werden. Die Eigenmittel seien in die Planung für das Investitionsprogramm aufgenommen. Die genaueren Zahlen werden im Rahmen der Erarbeitung der Gestaltungsvorlagen ermittelt. Es gebe noch keine geänderten Zahlen. Die Jahresscheiben seien im Grundsatzbeschluss dargestellt. Ohne eine intakte Umleitungsstrecke könne das Steintor nicht umgebaut werden.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Otto, dass die Zahlenangaben der HWS im Rahmenantrag geschätzt wurden. Diese Zahlen wurden konkretisiert. Eine weitere Fortschreibung erfolge mit der Vorplanung. Um eine Vergleichbarkeit und Aktualität für die Stadträte zu sichern, wurden die von der HWS konkretisierten Angaben in Klammern zu den bestehenden Angaben ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die dargestellten Einzelvorhaben als Bestandteil der Stufe 1 des Stadtbahnprogramms.

zu 6 Haushalt 2012

zu 6.1 Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10489

An der Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Frau Nagel, Herr Wehrich, Herr Geier und Frau Unger (Amtsleiterin Personalamt).

Frau Unger führte in den Personalbericht ein. Sie informierte, dass einige Angaben noch in der Überarbeitung seien, auch werden die Angaben der Eigenbetriebe nachgereicht. Der Gesundheitsbericht werde nach der Sommerpause nachgereicht. Frau Unger betonte, dass dieser erste Bericht noch nicht ausgereift sei und bat ggf. um Hinweise der Stadträte, welche Punkte noch ausführlicher dargestellt werden sollen. Im September werde der Nachfolgebericht eingebracht.

Hinweis:

Die Präsentation wurde im Nachgang der Sitzung im Session dieser Sitzung als externes Dokument sowie dieser Niederschrift als Anlage1 angefügt.

Auf Nachfrage führte Frau Unger aus, dass bezüglich der Tarifverhandlungen keine Nachplanungen nötig werden, wenn sich der Abschluss am derzeitigen Arbeitgeberangebot orientiere.

(17:10 Uhr Herr Wehrich kam in die Sitzung und tauschte mit Frau Krausbeck.)

Zur Abgeltung der Überstunden der Feuerwehrlaute verwies Frau Unger auf die Information, die in der letzten Hauptausschusssitzung (auch schriftlich) übergeben wurde. Die Beamten hätten Anspruch auf Freizeit, die Stadt müsse jedoch den Dienstbetrieb absichern. Bis auf wenige Ausnahmen (ältere Feuerwehrmänner sparen die Überstunden an und nehmen sie vor dem Ruhestand) wurden die Überstunden vergütet. Ein finanzielles Risiko bestehe für die Stadt nicht mehr. Die Arbeitszeit wurde EU-rechtskonform gestaltet.

Im Transferpersonal, so erläuterte Frau Unger, seien die Auszubildenden, die MitarbeiterInnen mit Veränderungswillen und die MitarbeiterInnen, die auf kw-Stellen (künftig wegfallend) sitzen, gebündelt. Die Anzahl ist sehr schwankend. Im letzten Jahr konnten 18 MitarbeiterInnen intern auf freie Stellen vermittelt werden. Ein Überhang bestehe nach dem Inhalt der jetzigen Fachkonzepte nicht. Außerdem müsse die Fehlquote durch den Krankenstand ausgeglichen werden.

Ein Überhang könne nicht pauschal beziffert werden. Der genaue Bedarf werde durch den aktuell wieder in Gang gesetzten Prozess (siehe Lenkungsausschuss) ermittelt werden. Daraus leite sich ein evtl. Überhang ab.

Die Ausgaben für die Altersteilzeit finden sich im Ergebnishaushalt für aktive Phase wieder. Die passive Phase erfolge über Rückstellungen im Finanzplan. Somit seien die MitarbeiterInnen bis zum Eintritt in die Rente im Haushalt finanziell berücksichtigt.

Herr Geier bestätigte, dass die Fachkonzepte im Lenkungsausschuss und der Personalbericht im Finanzausschuss beraten werden. Es ergeben sich zum Teil parallele Arbeitsstränge.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde darum gebeten, bei zukünftigen Berichten unter Punkt 6.2 Betriebliches Gesundheitsmanagement in Zahlen, Punkt 2.) Verteilung der

Langzeitkranken, die prozentuale Verteilung auf die Ämter und die Entwicklung zu ergänzen. Zu den Gründen für die psychischen Belastungen könne noch keine abschließende Beantwortung gegeben werden. Es werden Umfragen durchgeführt und die Wiedereingliederung begleitet.

(17:20 Uhr – Herr Knöchel kam in die Sitzung.)

Die Mitglieder äußerten, dass ihnen auch der Blick auf den Konzern Stadt inklusive u. a. der TOO GmbH, der Bäder GmbH und der Stadion Halle BetriebsGmbH nach der Übertragung des Personals sehr wichtig sei. Die Rückfallrisiken, z. B. bei Auflösung von Eigenbetrieben, müssten betrachtet werden.

Herr Geier führte aus, dass die Risikobetrachtung über das Gesellschafts-, Arbeits- und Tarifrecht bei der BMA-Betrachtung durchgeführt werde.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Unger, dass nicht jeder Stellenaufwuchs eine neue Stelle bedeutet, sondern z. T. die Ausweisung einer neuen Stelle, wenn ein Mitarbeiter in die Freizeitphase wechselt. Dies sei eine neue Systematik in der Darstellung. Zu Seite 16, Passus: „Die Verordnung hat somit die Möglichkeit eingeräumt, Beamte auf Planstellen einzuweisen, die ihrer Bewertung entsprechen.“ führte Frau Unger aus, dass dieser unverständlich formuliert sei. Die Beförderungen seien nur bei einem genehmigten Haushalt möglich. Die notwendigen Mittel wurden aber seit mehreren Jahren als Reserve eingeplant. Im letzten Jahr wurde der Einzelantrag auf Genehmigung von Beförderungen vom Landesverwaltungsamt versagt.

Zu der Anzahl der Auszubildenden wurde von Frau Unger ausgeführt, dass laut dem Personalentwicklungskonzept von der Verwaltung bedarfsgerecht ausgebildet werde. Die Besetzung von Spezialistenstellen werde zunehmend problematischer.

Es wurde darum gebeten, bei dem avisierten Bericht im September die Entwicklung des Anteils weibliche Beschäftigter auf Seite 11 des Berichtes ab 2006 darzustellen. Frau Unger sagte diese Ergänzung zu. Sie betonte an dieser Stelle, dass sich gegenüber den aktuellen Zahlen keine wesentlichen Änderungen ergeben hätten. Auch im Vergleich mit anderen Städten habe die Stadt Halle (Saale) diesbezüglich ein gutes Verhältnis.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde darauf hingewiesen, dass die benannten Mitarbeiterzahlen auf Seite 6 und 12 nicht übereinstimmen.

Hinweis im Nachgang der Sitzung:

Die notwendige Korrektur auf Seite 12 des Berichtes wurde vorgenommen. Der Niederschrift ist das entsprechende Austauschblatt (Anlage 3) beigelegt.

Zu den Sozialstellen führte Frau Unger aus, dass diese gebildet werden, wenn Mitarbeiter aus krankheitsbedingten Gründen keine 100 %ige Arbeitsleistung mehr erbringen können. Diese speziellen Stellen sind mitarbeiterbezogen und fallen mit dem Ausscheiden des jeweiligen Mitarbeiters weg.

Einige Mitglieder fragten nach dem Vergleich mit anderen ostdeutschen Städten, der in vergangenen Jahren regelmäßig ausgereicht wurde. Frau Unger erläuterte, dass dies eine Vorlage der strategischen Steuerung war. Diese Vergleiche fließen aktuell in die Überarbeitung der Fachkonzepte ein, bei denen die Mitarbeiterzahlen als Kennzahl mit den Aufgaben betrachtet und am best practice Wert (Quelle: Wikipedia Der Begriff best practice, auch Erfolgsmethode genannt, ... bezeichnet bewährte, optimale bzw. vorbildliche

Methoden, Praktiken oder Vorgehensweisen im Unternehmen.) und nicht mehr am Mittelwert ausgerichtet werden.

Durch ein Mitglied wurde nachgefragt, in welcher Höhe der Personalaufwand für die Beförderung von Beamten geplant wurde?

Antwort im Nachgang der Sitzung:

Für die Beförderungen von 44 Beamten wurde ein Personalaufwand in Höhe von 198.960 € in der Planung 2012 berücksichtigt.

Die durchschnittlichen Wartezeiten nach Diensten sind in nachfolgender Tabelle ausgewiesen:

SOLL lt. Stellenplan (=Dienstpostenbew.)	Beamte Anzahl	IST-Besoldung	durchschn. Wartezeit in Jahren
A7	1	A6	1,3
A8	2	A6	2,0
	23	A7	1,7
A9	1	A7	2,0
	8	A8	4,2
A12	2	A10	3,0
A13	2	A12	6,0
A14	1	A13	2,1
A15	2	A14	2,7
A16	2	A15	3,5

Seit dem Jahr 2009 wurde auf Grund der vorläufigen HH-Führung nicht mehr befördert.

Werden in der Tabelle Wartezeiten unter 2 Jahren ausgewiesen resultieren diese aus der Neueinstellung von Beamten bzw. aus der Übernahme der Brandmeisteranwärter zum 01.05.2010 (nach Ausbildungsende).

Unabhängig von dem Soll lt. Stellenplan werden nur die Aufwendungen für die Beförderung in die nächstmögliche Besoldungsgruppe geplant.

Beispiele siehe Tabelle:

Besoldungsgruppe lt. Stellenplan A8

Ist-Besoldung A6

-> geplanter Aufwand für Beförderung nach A7

Die Beförderungsrichtlinie für die Beamten der Stadt Halle (Saale) wird auf ausdrücklichen Wunsch eines Mitgliedes des Finanzausschusses als Anlage 2 zur Niederschrift beigelegt.

Stellenplan als Anlage zum Haushaltsplan

Es wurde ausführlich der Begriff der Stellenneuschaffung in der vorläufigen Haushaltsführung und der Haushaltsplanungsphase diskutiert.

Frau Unger erläuterte, dass die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2010 letztmalig einen vom Landesverwaltungsamt genehmigten Stellenplan hatte. Diese durch den Stadtrat beschlossene Gesamtanzahl dürfe durch die Verwaltung nicht überschritten werden. Als Stellenneuschaffung werde auch bezeichnet, wenn eine Stelle aus Amt A nach Amt B verschoben werde.

Einige Mitglieder regten an, diese Vorgehensweise besser als Umsetzung zu bezeichnen. Die Benennung als Neubesetzung sei technisch falsch.

Herr Geier fügte an, dass die Formulierung nicht gut gewählt wurde.

Frau Unger sagte zu, bei einer „Neuschaffung“ einer Stelle darzustellen, aus welcher Organisationseinheit diese komme.

Abstimmungsergebnis:

beraten

zu 6.2 Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109 (E-Government) Vorlage: V/2012/10469

An der Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Misch, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Knöchel, Herr Geier und Herr Dr. Furchert (Amtsleiter Hauptamt).

Die Mitglieder bedankten sich für die sachdienlichen, umfangreichen Unterlagen, die im Ergebnis der Finanzausschusssitzung am 13.3.2012 als Vorbereitung für die heutige Sitzung ausgereicht wurden.

Herr Geier bekräftigte das Dilemma der gebündelten Verantwortung für die Finanzen und die Sicherstellung und Modernisierung der Datenverarbeitung. Durch die Änderung der Prioritäten sei aus fachlicher, gesamtstädtischer Sicht ein Betrag in Höhe von 290 T€ notwendig. Er bekräftigte, dass die Prioritätensetzung (Anlage 7 des Zusatzmaterials) bei Beschlussfassung in der vorgelegten Fassung umgesetzt werde.

Herr Dr. Furchert fügte auf Nachfrage an, dass der Einsparbetrag nicht produktkonkret untersetzbar sei. Dies sei auch am Beispiel der Stadt Erlangen sichtbar.

Herr Wolter stellte den Geschäftsordnungsantrag

auf Vertagung der Vorlage bis zur Abschlussberatung.

Herr Knöchel sprach sich dagegen aus. Eine Entscheidung in der heutigen Sitzung sei ein wichtiges Signal für die weitere Planung.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:

1 Ja-Stimme
8 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Danach erfolgten die Abstimmungen zu den Anträgen zu Top 6.2.1 und 6.2.2 sowie die Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften bestätigt den Einsparbetrag bei den Mitteln für E-Government in Höhe von ~~567.000~~ **277.000** Euro im Haushaltsjahr 2012.

**zu 6.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage "Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109" (Vorlage-Nr.- V/2012/10469)
Vorlage: V/2012/10566**

Die Diskussion wurde bei TOP 6.2 mit geführt.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften bestätigt den Einsparbetrag bei den Mitteln für E-Government in Höhe von 1 Euro im Haushaltsjahr 2012.

**zu 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109"
Vorlage: V/2012/10568**

Die Diskussion wurde bei TOP 6.2 mit geführt.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bestätigt den Einsparbetrag bei den Mitteln für E-Government in Höhe von 277.000 Euro im Haushaltsjahr 2012.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur
Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2011/10217**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Knöchel und Herr Hildebrand (Amtsleiter für Schule und Sport).

Herr Wolter stellte folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Der Antrag wird vertagt, um die Beratung der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung (22.3.2012) abzuwarten.

Herr Hildebrand informierte auf Anfrage, dass der Arbeitsgruppe u. a. folgende Vertreter angehören:

- Mitteldeutscher Verkehrsverbund
- HAVAG
- Fraktionen des Stadtrates
- Schulelternrat
- Stadtverwaltung.

Folgende Themen sollen vorrangig bearbeitet werden:

- Erfassung der Probleme
- Lösungsansätze
- Fahrpreisgestaltung (II. Quartal)

Es seien noch mindestens zwei Folgeberatungen geplant.

Herr Knöchel fügte an den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wolter an:

Der Antrag wird vertagt, bis eine schriftliche Stellungnahme inklusive einer Empfehlung der Arbeitsgruppe vorliegt, d. h. bis zum Abschluss der Arbeitsgruppe.

Herr Wolter erklärte sich mit der Ergänzung seines Geschäftsordnungsantrages einverstanden.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter inklusive der Ergänzung von Herrn Knöchel:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

vertagt - bis zur abschließenden Empfehlung der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung

Beschlussvorschlag:

Die Satzung soll folgendermaßen geändert werden:

1. § 5 (1) a Im ersten Anstrich wird das Wort „nur“ gestrichen
Es wird ein zweiter Anstrich mit folgendem Wortlaut eingefügt:
„- bei Inanspruchnahme der Regelung nach § 41 Abs. 3 SchulG LSA“
2. § 6 (2) Satz 1 der Klammerausdruck „(z.B. bei Schülern der Abschlussklasse 10)“
entfällt

**zu 7.2 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger
(Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur
Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale)
vom 01.08.2011
Vorlage: V/2012/10468**

Diskussion siehe TOP 7.1.

Abstimmungsergebnis:

vertagt - bis zur abschließenden Empfehlung der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung

Beschlussvorschlag:

Die Satzung soll wie folgt geändert werden.

1. §1 Abs. 2 Satz 1
Als Wohnung im Sinne dieser Satzung gilt der Wohnsitz oder der gewöhnliche
Aufenthaltsort des Schülers.
2. §1 Abs. 2 Satz 2 entfällt
3. §8 Abs. 4 entfällt

**zu 7.3 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen
aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen
Vorlage: V/2012/10476**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Herr Geier, Herr Neumann, Frau Schmidt (amt. Amtsleiterin für Finanzservice) und Herr Hildebrand.

Frau Schmidt führte aus, dass sowohl die Einnahmen als auch der Brandschutz in die Investitionsplanung der Stadt eingearbeitet seien.

Herr Geier fügte an, dass der Brandschutz in der Investitionsplanung die höchste Priorität habe und in sich geschlossen finanziert sei.

Herr Neumann erläuterte auf Anfrage, dass es richtig sei, dass diese Summe bei der Planaufstellung noch nicht bekannt gewesen sei. Die derzeitigen Einnahmeerwartungen der Stadt vom Land für investive Zuweisungen könne aber nach momentanem Kenntnisstand nicht wie erwartet in Höhe von 1,5 Mio. € bestätigt werden. Aus diesem Grund seien die im Antrag benannten 1 Mio. € keine zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen Einnahmen. Er avisierte eine Vorlage zum Brandschutz.

Auf ausdrückliche Bitte eines Stadtrates sagte Herr Neumann zu, den Anlagenabgang und den Grundstückserlös durch den Grundstücksverkauf Diesterwegstraße 37 im Haushalt darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt - bis zur Sitzung FA 27.3.2012

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Einnahmeerlöse aus dem Verkauf des kommunalen Grundstücks der ehemaligen Diesterwegschule (Diesterwegstraße 37) in Höhe von 1.000.000 € für zusätzliche investive Maßnahmen an kommunalen Schulen der Stadt (z.B. Brandschutzmaßnahmen oder Maßnahmen des Förderprogramms STARK III) einzusetzen.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum
Finanzierungsvertrag Singschule mit dem Träger Jugendwerkstatt
"Frohe Zukunft" Halle-Saalekreis e.V.
Vorlage: V/2011/10167**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Wiedervorlage in der Sitzung am 17.04.2012

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin,

1. Verhandlungen mit der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" Halle-Saalekreis e.V. aufzunehmen mit dem Ziel, sich einvernehmlich auf eine Anpassung der Höhe der jährlichen Zuwendung im Hinblick auf die deutlich verringerte Mitgliederzahl des Chores zu verständigen.
2. über die Höhe der nach den Vorstellungen der Vertragsparteien zu reduzierenden Zuwendung soll die Stadtverwaltung dem Stadtrat bis Dezember 2011 einen Vorschlag vorlegen.

zu 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/10078

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der Sitzung ein geänderter Antrag verteilt (Stand: 20.03.2012).

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weihrich, Herr Knöchel, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Müller und Herr Geier.

Herr Geier führte aus, dass die Zeit die Entwicklung überholt habe. Am kommenden Dienstag stelle Herr Prof. Deubel das von ihm erstellte Gutachten zu dieser Thematik vor. Die relevanten Zahlen wurden ihm von der Stadt zugearbeitet. Nun solle sein Vorschlag abgewartet werden. Die Beauftragung eines Gutachtens im Rahmen des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalts halte er aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage nicht für angemessen und zielführend für die Stadt.

Einige Mitglieder des Ausschusses informierten über die Aussagen im Rahmen mehrerer Veranstaltungen des finanzpolitischen Dialoges.

Herr Geier erläuterte, dass er eine hohe Erwartung für neue Impulse für das FAG habe. Herr Prof. Deubel habe eine Frist bis zum 30.03.2012 und vor diesem Termin werde er keine konkreten Aussagen in der Öffentlichkeit tätigen.

Im Ergebnis der Diskussion konnte resümiert werden, dass sich die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung im Ziel einig seien. Die Präsentation des Gutachtens solle abgewartet werden. Die Verwaltung wurde um einen Bericht in der Stadtratssitzung am 28. März 2012 gebeten. Eine Beschlussfassung über den Antrag sei für den Beschluss des Stadtrates nicht schädlich. In dieser Sitzung könne der Antrag bei Notwendigkeit vertagt werden.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Halle (Saale) setzt sich im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für die Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen **und angemessenen Finanzbedarfs für die Stadt Halle (Saale) aller Kommunen im Bundesland ein in Auftrag zu geben**. Dieses sollte in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten zur Beratung vor.

zu 9 Mitteilungen

Fortsetzung der Investitionen aus 2011

Herr Geier teilte mit, dass nach Klärung der Abgrenzungsfragen für die in 2011 für Investitionen zur Verfügung gestellten Mittel, die noch nicht in 2011 kassenwirksam umgesetzt werden konnten, im Haushaltsplan 2012 eine Neuveranschlagung erfolge.

Eine Auflistung der Investitionen werde als Anlage 4 dem Protokoll beigelegt.

zu 10 mündliche Anfragen

Parkeisenbahn

Die Antwort des Dezernats IV wurde kritisiert.

Die Verwaltung wurde gebeten, in der Hauptausschusssitzung am 21.03.2012 im nicht öffentlichen Teil die Information zu geben, wer der Sponsor der Parkeisenbahn ist und welche Vereinbarungen im Rahmen des Sponsorings getroffen wurden.

Ausschreibung Wittekind

Auf Bitte von Herrn Wolter sagte Herr Neumann zu, im April oder Mai in Form einer Vorlage über die weiteren Entscheidungen zu informieren.

zu 11 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Bürgermeister

Martina Beßler
Protokollführerin